

# *Arbeitskreis Schule und Bildung in Baden-Württemberg*

Wassergasse 12

78333 Stockach am Bodensee

E-Mail: [mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de](mailto:mail@arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

Internet: [www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de](http://www.arbeitskreis-schule-und-bildung.de)

2. Juli 2015

## **An die Teilnehmer der Veranstaltung**

### **«Bildungsgerechtigkeit. Sind wir auf dem richtigen Weg?»**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie nehmen heute Abend an einer Veranstaltung teil, die knapp 10 Monate vor den nächsten Landtagswahlen in Baden-Württemberg stattfindet. Politiker aller Parteien sind im Vorwahlkampf besonders bemüht, gut dazustehen. Dafür haben wir Verständnis.

Trotzdem möchten wir Sie bitten, unsere folgende Kritik an der grün-roten Bildungspolitik der vergangenen 4 Jahre sorgfältig zu lesen. Sollten Ihnen heute Abend schöne Worte vorgetragen werden, so lassen Sie sich bitte nicht täuschen.

Die heutige Veranstaltung findet in den Räumen einer Realschule statt. Die Realschulen in Baden-Württemberg genießen über die Landesgrenzen hinaus ein hohes Ansehen und haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass Baden-Württemberg – bei aller berechtigten Kritik im einzelnen – in der Bildung seiner Kinder und Jugendlichen und in der Vorbereitung auf die Berufswelt bis vor 4 Jahren im Vergleich der Bundesländer sehr gut dastand.

Dennoch hat die grün-rote Landesregierung schon 2011 in ihrem Koalitionsvertrag öffentlich erklärt, dass Sie das Bildungssystem in Baden-Württemberg umkrepeln will. Dort heißt es nämlich: *«Das baden-württembergische Schulsystem ist nicht auf der Höhe der Zeit. Es ist sozial ungerecht und basiert auf dem Prinzip des Aussortierens. Das wollen wir ändern.»* Wenig später heißt es: *«Unsere bildungspolitischen Ziele lassen sich in der Gemeinschaftsschule für alle Kinder bis Klasse 10 am besten erreichen.»*

**Der Landesregierung wäre es also am liebsten, wenn alle allgemeinbildenden Schulen des Landes bis Klasse 10 Gemeinschaftsschulen werden würden.**

Nicht nur die Gymnasien, sondern auch fast alle Realschulen des Landes haben sich bis heute dagegen zur Wehr gesetzt, als Schulen zweiter Klasse betrachtet zu werden, die über kurz oder lang Gemeinschaftsschulen werden sollen.

**Von oben herab und gegen deren Willen sollen aber nun mit einer Änderung des Schulgesetzes aus den Realschulen «Gemeinschaftsschulen light» werden.**

Dagegen gibt es viel Protest im Land. Wir möchten an dieser Stelle nur aus einer Pressemitteilung des *Realschullehrerverbandes* vom 5. Mai des Jahres zitieren:

**«Mit diesem Vorhaben der Landesregierung wächst inzwischen der Frust an den Schulen, zu viel auf einmal schichtet man nun ab auf diese Schulart. [...] Anstelle den Schulen den nötigen Freiraum und entsprechende Budgets zuzugestehen zur eigenverantwortlichen Gestaltung der neu hinzugekommenen Aufgabenfelder gibt es viele Ungereimtheiten und Vorgaben im Top down Verfahren. Unser erprobter Weg für erfolgreiche Realschulbiografien über die äußere Differenzierung wird politisch gedeckelt und es besteht keinerlei Bereitschaft uns hier entgegenzukommen, weitere grundsätzliche Fragen zur Umsetzung der geplanten Veränderungen sind ebenfalls ungeklärt.»**

**Wir fordern von der Landesregierung, dass diese Pläne zurückgezogen werden!**

**Wir fordern auch, dass die «neue Lernkultur», auf die schon heute die Gemeinschaftsschulen des Landes zwangsverpflichtet sind und die an allen Schulen des Landes künftig den Ton angeben soll, auf den Prüfstand kommt!**

Wesentliche Merkmale dieser «neuen Lernkultur» sind das «selbstgesteuerte Lernen» der Schülerinnen und Schüler und die Verwandlung des Lehrers in einen «Lernbegleiter», der die Schüler künftig vor allem mit «Arbeitsmaterial» versorgen und «beraten» soll. Er soll nicht mehr den Unterricht für alle gemeinsam gestalten und auch keine Klassengemeinschaft mehr zu einem gemeinsamen Ziel führen. Das Modewort heißt «Individualisierung». Für jede Schülerin und für jeden Schüler soll es ein individuelles Lernprogramm geben, für dessen Erfolg der Schüler «selbstverantwortlich» ist.

**Gegen die Zwangsverpflichtung der Schulen auf diese «neue Lernkultur» gibt es erhebliche Bedenken.**

Sie ist ein krasser Verstoß gegen die Methodenfreiheit der Lehrerinnen und Lehrer, die seit 1977 (BVerfGE 47, 46) höchstrichterlich garantiert wird.

Sie ist aber auch pädagogisch sehr fragwürdig. Erfahrene Lehrer, wissenschaftliche Untersuchungen und alle, die ihre eigene Schulzeit gut in Erinnerung haben, wissen, wie wichtig ein Lehrer ist, der sich allen Schülern im Unterricht wohlwollend zuwendet und seine Schüler so fördert und fordert, ermutigt und anleitet, dass aus einer losen Gruppe einzelner Schülerinnen und Schülern eine Klassengemeinschaft mit Zusammenhalt wird, in der gemeinsam an einem Gegenstand gelernt wird. Dieser Unterrichtsgegenstand muss vom Lehrer didaktisch vorbereitet und mit einer dem Gegenstand angemessenen Methodenvielfalt aktiv gestaltet werden. Die «neue Lernkultur» schreibt einen ganz anderen Weg vor.

Viele Eltern, die Kinder in Schulen mit der «neuen Lernkultur» haben, berichten uns, dass ihre Kinder dort auf sich allein gestellt sind, viel zu wenig lernen und die Eltern gezwungen sind, die Aufgaben der Schulen zu übernehmen. Wohl dem, der die Zeit dazu hat und das kann. Was aber passiert mit den Kindern, die nicht zuhause «nachbeschult» werden?

**Wer übernimmt die Verantwortung für eine Generation von Kindern und Jugendlichen, die wegen einer «neuen Lernkultur» nicht mehr ordentlich gelernt haben und deren Gemeinschaftsfähigkeit im Unterricht nicht mehr gefordert und gefördert wurde?**

Sehr geehrte Damen und Herren,


wir haben in unserem heutigen Brief nur zwei kritikwürdige Punkte aufgegriffen. Es gibt viel mehr: von der Abschaffung der Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung bis hin zu den geplanten neuen Bildungsplänen.

Am heutigen Abend werden der Kultusminister und die von ihm ausgesuchten Gesprächspartner das Feld beherrschen. So ist die Veranstaltung inszeniert. Wir möchten Sie bitten, unsere Argumente trotz des zu erwartenden Lobliedes auf die Schulpolitik der grün-roten Landesregierung gründlich zu prüfen. **Wir sind der Meinung, dass die Landesregierung nicht auf dem richtigen Weg ist.** Wir wenden uns schriftlich an Sie, weil wir glauben, dass heute keine Gelegenheit bestehen wird, ausführlich und in aller Ruhe unsere Position darzulegen. Bildungsfragen lassen sich nicht mit gedekelter Redezeit und dem Vorrang eines ausgesuchten Podiums sinnvoll klären. Dazu bedarf es des gleichwertigen, gründlichen und vertieften Austausches und Nachdenkens.

Mit freundlichen Grüßen



Karl-Jürgen Müller



Ewald Wetekamp